

Jeden Tag nach Hause.  
Willkommen an Bord.



There's no better way to fly.  
**Lufthansa**

A STAR ALLIANCE MEMBER

# Argentinisches Tageblatt

Sonnabend, 14. August 2004

115. Jahrgang Nr. 31.471

Jeden Tag nach Hause.  
Willkommen an Bord.



There's no better way to fly.  
**Lufthansa**

A STAR ALLIANCE MEMBER

## Neue Ära der CGT

### Generalsekretär Moyano empfing Leader der radikalen Piqueteros

Buenos Aires (AT/AG) - Während eines Treffens mit Gesundheitsminister Ginés González García in der vergangenen Woche kündigte Hugo Moyano, einer der drei Generalsekretäre des vereinigten Gewerkschaftsbundes CGT, an, den Leader der „harten“ Piqueteros Raúl Castells zu empfangen. Die separatistisch getroffene Entscheidung Moyanos löste in der CGT und bei den beiden anderen Generalsekretären, Susana Rueda und José Luis Lingeri, Empörung aus. Es sei inakzeptabel, einen Führer zu empfangen, der mit der Gesellschaft auf Konfrontation ist, wurden Stimmen laut. Susana Rueda drohte mit Kündigung.

Jedoch wurde in den darauf folgenden Tagen die Stimmung entspannter und man einigte sich dar-

auf, dass nicht das Generalsekretariat, sondern allein Hugo Moyano den Piqueteros-Leader empfangen sollte. Selbst die konservative Susana Rueda zog es vor, den Streit beizulegen. Am Mittwoch empfing demzufolge nur der Chef der Transportgewerkschaft den sowohl mit der Regierung als auch mit anderen Piqueteros-Gruppierungen verfeindeten Leiter der Unabhängigen Bewegung der Rentner und Arbeitslosen (MIJD), begleitet von weiteren elf Vertretern. Trotzdem hob Hugo Moyano die Bedeutung des Treffens hervor: „Heute beginnt eine neue Etappe in der CGT, die keinem einzelnen Leiter gehört, sondern Interessen aller Arbeitnehmer vertritt.“ Viele würden glauben, dass man die Probleme der Arbeitslosen unter den

Teppich kehren könne, kritisierte Moyano indirekt seine Kollegen und bekundete seine Solidarität mit dem benachteiligten Teil der Bevölkerung.

Raúl Castells überreichte Generalsekretär Moyano eine Petition. Drei Forderungen fanden in ihr ihren Niederschlag: Erhöhung des Mindestlohns auf 800 Pesos, Verkürzung des Arbeitstags auf sechs Stunden und die Verdopplung des Rentenbetrags und der Arbeitslosenunterstützung. Darüber hinaus rief Castells zu einer Demonstration und einem Generalstreik auf, worauf Moyano nicht einging. In zwei Wochen will der Piqueteroführer sich erneut mit den Gewerkschaftern treffen, um über die betreffenden Themen zu sprechen.

Die Bedeutung der Petition ist

jedoch aus der Sicht Castells' nicht so groß wie zwei weitere mit diesem Treffen erreichte Ziele: Die unter der Führung von Castells stehende Gruppe sei die erste Piquetero-Gruppe, die von der neuen CGT empfangen worden sei. Außerdem würde damit bewiesen, dass die Gewerkschaften keineswegs gegen die Arbeitslosen-Gruppierungen aufträten, erklärte Castells.

Der Pressesekretär der CGT, Juan Palacios, verteidigte unterdessen das Treffen der Piqueteros mit der Führungsspitze der Gewerkschaft. „Der Führungsrat hat beschlossen, dass wir niemanden ungehört lassen. Außer Videla oder irgend einen anderen Repressor haben alle das Recht, empfangen zu werden“, sagte Palacios.

## Vom Rückzug zur Annäherung

### Themenschwerpunkte der deutschen Parlamentariergruppe während ihres Besuchs in Buenos Aires

Buenos Aires (AT) - Das verstärkte Interesse Deutschlands an Lateinamerika und im Speziellen an Argentinien wurde diese Woche von einer weiteren Delegation deutscher Parlamentarier zum Ausdruck gebracht. Sechs Mitglieder der Deutsch-Südamerikanischen Parlamentariergruppe, mit ihren 70 Mitgliedern eine der größten Freundschaftsgruppen im deutschen Parlament, hielten sich diese Woche in Buenos Aires auf. Vertreter der Regierungs- und Oppositionsparteien hatten während ihres viertägigen Aufenthalts ein dichtes Programm: Gespräche mit dem Vizepräsidenten der Nation Daniel Scioli und dem Staatssekretär für Energie Daniel Cameron, die Einweihung des neuen Siemenswerkes mit Staatspräsident Néstor

Kirchner und ein Besuch in der Goethe-Schule waren nur einige der absolvierten Programmpunkte.

Das Ziel der Reise sei, parlamentarische Kontakte zu den Kollegen in Argentinien zu verstärken und neue Initiativen zu entwickeln, erklärte der Vorsitzende der Delegation Wolfgang Börnsen. Die Wiedervereinigung Deutschlands und die EU-Erweiterung hätten laut dem CDU-Politiker und seiner Kollegin von der FDP, Angelika Brunkhorst, das Interesse Deutschlands absorbiert und Kontakte zu anderen Kontinenten rückläufig werden lassen. „Wir Parlamentarier halten das nicht für richtig und wollen nun vom Rückzug auf Annäherung übergehen“, hob Wolfgang Börnsen hervor, Ordentliches Mitglied im Ausschuss für

Wirtschaft und Arbeit.

#### Schwerpunkt

#### Erneuerbare Energien

Einer der inhaltlichen Schwerpunkte der Reise waren umweltpolitische Fragen. Angelika Brunkhorst, Ordentliches Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und Sprecherin für Erneuerbare Energien in der FDP-Bundestagsfraktion, bemühte sich, während des Besuchs auf die Wichtigkeit Erneuerbarer Energien auch in einem Land wie Argentinien hinzuweisen.

Den Anlass für ihre Mission in Argentinien liefert ein Projekt für Windkraftanlagen in Patagonien, das Anfang Juni auf der in Bonn stattgefundenen Internationalen Konferenz für Erneuerbare Ener-

gien vorgestellt wurde. Die Urheberin des Projekts, das nach Schätzungen des Geschäftsführers der Deutsch-Argentinischen Industrie- und Handelskammer, Jürgen Illing, Argentinien zum Kuwait des 21. Jahrhunderts machen könnte, ist die in Öl- und Gasförderung tätige Unternehmensgruppe Capsa-Capex, mit deren Präsidenten Enrique Götz sich die Parlamentarier am Freitag treffen wollten.

Auf einer Fläche von 80 km Länge und 20 km Breite sollen in Patagonien, riesige Windparks entstehen, die Wasserstoff erzeugen.

„Das Projekt hätte eine Zukunftsperspektive“, trat Brunkhorst für das Projekt ein. Von der deutschen Seite gebe es bereits viele Kontakte. Doch zeigten argentinische Politiker kein großes In-

teresse an den Erneuerbaren Energien, musste die deutsche Parlamentarierin in diesen Tagen erfahren. Rainer Steenblock (Bündnis 90/Die Grünen) beteuerte: „Die Begeisterung für das Projekt ist in Deutschland und anderen Ländern der Welt viel größer als in Argentinien.“

Auf die Frage, ob Argentinien es sich aus ihrer Sicht leisten könne, in Erneuerbare Energien zu investieren, antwortete die konservative Politikerin, die im Parlament für die marktwirtschaftlichen Aspekte Erneuerbarer Energien auftritt, dass „Erneuerbare Energien teuer sind und ihre Gewinnung sich nur rechnet, wenn man alles ganz passgenau macht“. Jedoch würde es in Patagonien eine Bündelung an Anlagen geben, die eine große Ausbeutung ermöglichte.

### Chance für Argentinien

Rainer Steenblock, der in der Delegation die Bundestagsfraktion Bündnis 90/Grüne vertritt, sieht in den Erneuerbaren Energien eine Riesenchance für Argentinien: „Mit Wind- und Wasserstoffenergie könnte Argentinien auf dem Weltmarkt führend werden“, setzte er sich für das Zukunftsprojekt ein, obwohl sein hauptsächlichs Interesse die auf dieser Reise zu kurz gekommenen Umweltprobleme sind. „Man müsste Wissenschaft, Forschung und internationale Konzerne hierher locken und den Grundstein für Erneuerbare Energien legen“, forderte der Ex-Minister für Umwelt und Natur in Schleswig-Holstein.

Statt dessen tue sich wenig auf diesem Gebiet: „Die argentinische Politik ist nicht langfristig orientiert und es gibt kein Bewusstsein für Umweltprobleme“, kritisierte

Steenblock die herrschende Haltung. Die Politik werde zu sehr von alltäglichen Geschäften wie z.B. die nächste Präsidentenwahl bestimmt, warf der grüne Politiker den argentinischen Kollegen Kurzsichtigkeit vor.

Sein konkreter Beitrag zum Windanlagenprojekt ist die Kontaktvermittlung mit der Kieler Universität, auf der neuste Wasserstofftechnologien entwickelt wurden. Schleswig-Holstein, in dem sein Wahlkreis liegt, exportiere bereits Technologien nach Ecuador und andere lateinamerikanische Länder. Argentinien sei bis jetzt davon ausgeschlossen.

### Schnelles Geld durch Tourismus

Projekte für die Nutzung Erneuerbarer Energien sind kostenspielig, im Gegensatz dazu bringe Tourismus schnelles Geld, wies der

CDU-Politiker Albrecht Feibel auf eine Alternative hin. „Argentinien ist seit dem Finanzdesaster aus touristischer Sicht ein hochinteressantes Land, jedoch wissen die meisten Deutschen nicht, wie attraktiv die Hotel- oder Gastronomiekosten sind“, bemängelte er den bestehenden Zustand. Südamerika werde von Deutschland stiefmütterlich behandelt, gab der im Haushalts-, Wirtschafts- und Tourismusausschuss tätige Parlamentarier zu. Jedoch müsse der Tourismus auch von der südamerikanischen Seite angekurbelt werden. Albrecht Feibel empfiehlt Argentinien dringlich, an der Internationalen Tourismus-Börse, die jedes Jahr im März in Berlin stattfindet, teilzunehmen, um den Bekanntheitsgrad bei der deutschen Bevölkerung zu erhöhen. *(Die Gespräche führte Akvile Galvosaite)*

## WOCHENÜBERSICHT

### Maradona bei Kirchner



(Foto: Presidencia)

Der in der psychiatrischen Klinik Del Parque in Ituzaingó internierte ehemalige Fußballstar Diego Armando Maradona wurde am Donnerstag von Staatspräsident Néstor Kirchner empfangen. Man nahm an, dass der wegen Drogenabhängigkeit in Behandlung befindliche Maradona den Präsidenten bitten würde, ihn bei seinem Wunsch, die Behandlung in der Schweiz und in Kuba fortzusetzen, zu unterstützen. Jedoch bekundeten beide Seiten während des 15-minütigen Besuchs bloß ihren Wunsch, einander kennenzulernen.

### Original-Colón

Das Kulturamt der Stadt Buenos Aires teilte mit, dass das Theater Colón ab September 2006 bis zum Ende des Jahres 2007 geschlossen bleibt. Um das hundertjährige Jubiläum des Theaters 2008 in architektonisch originalgetreu wiederhergerichteten Räumen feiern zu können, werden umfangreiche Restaurierungsarbeiten durchgeführt. Die Konzerte sowie Ballett- und Opernaufführungen finden während dieser Zeit in Interimsräumen statt.

### Unfall in Bariloche

In einem Skiort in der Nähe von Bariloche wurde die zum Cerro Catedral führende Seilbahn am Dienstag zum Schauplatz eines Unfalls. Wegen der locker gewordenen Be-

festigung am Seil rutschte der Sitz, der vier Fahrgäste nach oben transportierte, zurück, riss den hinter ihm fahrenden Sitz mit sich und stieß mit vier weiteren zusammen. 18 der 28 betroffenen Fahrgäste erlitten Verletzungen, sieben von ihnen befinden sich wegen Knochenbrüchen im Krankenhaus.

### 10% Rentenerhöhung

Ab September werden die Renten bis zu 10% angehoben, ist die Bekanntmachung von Arbeitsminister Carlos Tomada und Wirtschaftsminister Roberto Lavagna vom Montag. Um 10% erhöhen sich die Renten, die gegenwärtig nicht die 1000-Pesos-Grenze überschreitenden. Für diejenigen, die bisher zwischen 910 und 1000 Pesos kassierten, erhöht sich die Summe demnächst auf rund 1000 Pesos. Die Mindestrente wird ab September 308 Pesos betragen. Die Rentenerhöhung berührt knapp drei Millionen Personen. In diesem Jahr werden dafür 454 Mio. Pesos zur Verfügung gestellt, im Jahr 2005 sind es 1361,9 Mio. Pesos. Es ist die fünfte Rentenanhebung seit August 2002, jedoch es ist das erste Mal, dass sie sich nicht nur auf die Mindestrente bezieht.

### Minderjährige Mütter

Die Geburtenzahl unter minderjährigen Frauen ist zwischen 1980 und 2000 um 14,2% gestiegen, besagen die Statistiken. Knapp 15% aller Neugeborenen sind Kinder der Frauen unter zwanzig Jahren. Die meisten minderjährigen Mütter stammen aus armen Familien, ist das Ergebnis der Studie der regierungsunabhängigen Organisation „Sozialjournalismus“ („Periodismo

Social“), die sich für die Rechte der Kinder in Kommunikationsmedien einsetzt. In der Regel seien die Schwangerschaften ungewollt; Mangel an Information sei der Grund, stellt die Studie fest. In der Provinz Chaco ist der Prozentsatz minderjähriger Mütter mit 24,1% der größte im Land.

### Kulturschutz in Misiones

Im Naturschutzgebiet Yabotí, das zu 80% Privateigentum ist und holzwirtschaftlich ausgebeutet wird, werden die in traditionellen Dörfern lebenden Guaraníer immer mehr von den Waldbesitzern und Holzunternehmen in ihrem Wohnraum ein-

geschränkt. Ihre Klagen erreichten nun die Justiz. Während des vierten Regionaltreffens zur Nationalen Umweltagenda am Sonntag vergangener Woche wurde ein Beschluss erlassen, der die Abholzung für ein Jahr verbietet. Die sogenannte „Grüne Diagonale“, die die Naturparks Iguazú und Do Turbo in Brasilien verbindet, steht unter dem Schutz der Provinz und ist das Wohngebiet der letzten Guaraní-Gemeinschaften. Im Laufe des Jahres sollen die Unternehmen Moconá und Juan Harriet einen Plan entwickeln, der die Interessen der Bevölkerung berücksichtigt.

(AT/AG)

## Randglossen

**Das Präsidentenehepaar Néstor und Cristina Kirchner kritisierte nacheinander den Internationalen Währungsfonds, dessen Standby-Abkommen mit Argentinien Wirtschaftsminister Lavagna bis Anfang nächsten Jahres ausgesetzt hatte, nachdem das Fondsdirektorium die Quartalsrevision verzögerte. Frau Kirchner empfahl, dass Argentinien sich gegenüber dem Fonds gleich wie die US-Regierung verhalten solle, die die Fondsempfehlungen missachte und dabei gut abgeschnitten habe. Ihr Gatte wetterte gegen den Fonds, als ob dieser die Ursache aller argentinischen Missstände sei. Schulden einzugehen, ist relativ einfach, sofern der Gläubiger zustimmt. Schulden zu bezahlen, ist eine andere Sache, zumal wenn der Gläubiger auf die Eintreibung pocht.**

Aus einem längeren Dornröschenschlaf erweckte Innenminister Aníbal Fernández die sogenannte politische Reform, die seit mehreren Jahren wiederholt angekündigt wird, aber nicht vom Fleck kommt. Im Kern dreht es sich um die immer wieder von der Öffentlichkeit geforderte Abschaffung der Kandidatenlisten für die Deputiertenkammer, hierzulande Bettlakenliste („listas sábana“) genannt. Dem Minister schwebt indes bezüglich eine auf zwei Drittel der Wahlämter beschränkte Liste in den vier größten Gliedstaaten Buenos Aires Stadt und Provinz sowie Santa Fe und Córdoba vor. Das restliche Drittel soll die Deputierten je Bezirk kühren. In anderen Gliedstaaten fehlt die notwendige Bevölkerungszahl. Kirchner hat jetzt das Wort, um den Parlamentariern zwecks politischer Reform Beine zu machen.

# Vereinigte Staaten von Südamerika

Die laufenden Integrationsverhandlungen in Südamerika sollen nach einem Vorschlag des Expräsidenten Eduardo Duhalde, derzeit Vorsitzender der Mercosur-Botschafter in Montevideo beim Sitz der Lateinamerikanischen Integrationsassoziation (spanisches Kürzel Aladi), in eine Staatengemeinschaft münden, die gegebenenfalls als Vereinigte Staaten von Südamerika aufgezogen werden könnte. „La Nación“ (13. Juli) veröffentlichte einen Artikel Duhaldes unter dem Titel „Hacia los Estados Unidos de Sudamérica“.

Zum Verständnis dieses diplomatischen Vorstosses sei daran erinnert, dass die Integrationsbemühungen in Südamerika mit dem Vertrag von Montevideo von 1960 formell nach langen Vorbereitungen begannen, als zehn südamerikanische Staaten und Mexiko einen Freihandelsvertrag unterzeichneten, der ein Jahr später von allen Parlamenten ratifiziert wurde. Der Freihandel sollte in zwölf Jahren mit dem Abbau aller Zölle verwirklicht werden, was freilich mitnichten geschah. Schon 1962 wurde das Regelwerk im Herzen zerstört, als die Regierungen beschlossen, die Meistbegünstigung nur mit Gegenseitigkeit zu achten, womit die Freigabe des Warenverkehrs, wie sie geplant war, aufgegeben wurde. Die damalige Freihandelsassoziation (spanisches Kürzel Alalc) wurde 1980 in die jetzige Aladi umgewandelt, die keinerlei Verpflichtungen für einen Zollabbau enthält.

Nach diesem Fiasko entstand Mercosur als Zollunion ab 1991, die freilich auch nicht ganz verwirklicht worden ist. Wo einheimische Produzenten eine Konkurrenz aus dem Ausland fürchten, blockieren ihre Lobbies den Freihandel. Mercosur verhandelt mit den anderen südamerikanischen Staaten, ausgenommen die drei Guyanas, sowie mit Mexiko wie einst Alalc 1960 über mehrere Freihandelsabkommen, wie sie Mercosur bereits mit Chile, Bolivien und Peru abgeschlossen hat. Angeblich soll Mercosur mit der sogenannten Andengemeinschaft einen Freihandel vereinbaren, ebenso mit Mexiko, womit paradoxerweise Alalc wiederauferstehen würde.

## Das Heer für die Wirtschaft

Den 92. Geburtstag der argentinischen Luftwaffe, der am Dienstag in der Garnisonsschule in Córdoba gefeiert wurde, nahm Präsident Néstor Kirchner zum Anlass, um einen versöhnlichen Schritt zu tun. Nach der kühlen Behandlung der Militärs in den letzten Monaten würdigte der Staatspräsident nun die Leistungen der Armee im nationalen und internationalen Dienst.

„Das Heer, und im besonderen die Luftwaffe, muss die Rolle übernehmen, die ihm im Bereich der Verteidigung, der Auslandspolitik und der Menschenrechte zugeordnet ist“, sagte Präsident Kirchner in seiner Ansprache. Dabei hob er die Bedeutung der Friedensmission argentinischer Soldaten in Haiti hervor, die nicht nur im humanitären Dienste tätig seien, sondern auch gegen die Dominanz der USA auf dem amerikanischen Kontinent anträten.

Präsident Kirchner erinnerte bei dieser Gelegenheit auch an den Einsatz argentinischer Soldaten in Zypern. Seit zehn Jahren seien argentinische Piloten dabei, mit Hubschraubern die Konfliktregion zu überwachen. Die argentinische Luftwaffe beteiligt sich bereits seit 1962 an Friedensmissionen in der Welt.

Bei seinem Besuch in der Militärschule verfolgte Präsident Kirchner noch ein weiteres Ziel. Während der Feierlichkeiten gab er die Absicht der Regierung bekannt, die Luftwaffe stärker bei der Realisierung neuer wirtschaftlicher Strategien heranzuziehen. So sollte die benötigte Ausrüstung künftig in staatlichen Betrieben produziert werden. Es sei schließlich Aufgabe des Heeres, „sich aktiv am nationalen Projekt für Arbeit, Industrie und Produktion zu beteiligen“, unterstrich Kirchner.

Die Luftwaffe hat bereits eine erste Radarserie erworben, die im staatlichen Unternehmen INVAP hergestellt wurde. Eine weitere Serie befindet sich in Produktion. Noch ein Beispiel für die funktionierende Beziehung zwischen Staat und Heer ist die Flugzeugfabrik Lockheed. Die Führungskräfte der Militärschule bedankten sich bei Präsident Kirchner für die Verlängerung des staatlichen Vertrags. Die in der Zuständigkeit der Militärschule befindliche Fabrik beschäftigt etwa 300 Techniker und Arbeiter und stellt Flugzeuge der Marke „Pampa“ her, die in der Pilotenausbildung sowohl im Inland als auch in Bolivien und Kolumbien eingesetzt werden.

Duhaldes Vorstoss ist entschieden ambitiöser. Ganz Südamerika, offenbar ohne Mexiko, soll über den Freihandel hinaus eine politische Gemeinschaft bilden, wie es die westeuropäischen Staaten ab 1957 erfolgreich vorexerziert haben. Dafür sind gemeinsame Institutionen vonnöten, allenfalls eine Exekutive, ein Parlament und ein Gericht. Ob das als Gemeinschaft wie in Europa oder als Vereinigte Staaten von Südamerika wie in den USA aufgezogen wird, ist derzeit belanglos.

Offenbar ist keine südamerikanische Regierung bereit, die gemeinsamen Institutionen zu finanzieren. Hier springt der Vorstoss Duhaldes ein: eine Sondersteuer von 1 von Tausend auf den Aussenhandel des Mercosur, die angeblich rund 100 Millionen Dollar im Jahr einkassieren könnte, soll dafür erhalten. Mit diesem Geld sollen die Institutionen finanziert werden, wobei auch Finanzspritzen für die Infrastruktur und allerlei andere Zwecke herauszuschauen würden, die Duhalde als Korrekturen von Asymmetrien kennzeichnet. In Europa verteilt die Kommission (Exekutive) ihre Fonds aus dem gemeinsamen Aussenzoll sowie Sonderzuwendungen der Mitglieder für Infrastruktur und insbesondere für die Subventionen der Landwirtschaft. Das Beispiel lockt Duhalde.

Nach besagtem Artikel hat Duhalde sein Projekt dem brasilianischen Präsidenten Lula da Silva vorgetragen, der es angeblich grundsätzlich guthies. Vor Ende 2004 soll das Konzept in Ouro Preto, Brasilien, auf einer Präsidentenkonferenz behandelt werden. In Ouro Preto war 1994 Mercosur in einem Protokoll als Zollunion verbrieft worden.

Unterdessen wird über Freihandel verhandelt, ohne dass entscheidende Durchbrüche verzeichnet worden wären. Die Zollunion des Mercosur erleidet immer wieder Rückschläge, ohne die vertraglich vereinbarte Vollendung zu verwirklichen. Mit grossartigen Projekten pflegen lateinamerikanische Politiker stets ihre hehren Ziele zu proklamieren. Kaum dass echte Partikularinteressen tangiert werden, erfolgt der Rückschritt. Eine Verteuerung des Aussenhandels von 1 von Tausend dürfte kaum auf Gegenliebe der Exporteure stossen, die zumal in Argentinien mit hohen Exportzöllen berappt werden. Nach einem halben Jahrhundert allerlei Integrationsbemühungen bleibt das Ergebnis recht schwach. Ob sich das mit hochtönenden Projekten wie die Vereinigten Staaten von Südamerika ändern wird, bleibt skeptisch abzuwarten.

## AUSFLÜGE UND REISEN

### Vulkankunde am Morro von San Luis

Über Jahrtausende hinweg schlug der flache Berggriese die Bewohner der nördlichen Pampa in seinen Bann. Schon die Ureinwohner der Gegend vom Stamm der Comechingones nannten das Ungetüm „El Morro“ - der Felsklotz. Heute ist der Morro eine interessante Touristenattraktion.

El Morro liegt im Süden der Provinz San Luis, dort, wo die letzten Erhebungen der Sierra Grande von Córdoba in die endlose Ebene der Pampa übergehen. Auf der Ruta Nacional 8 über Pergamino, Venado Tuerto und Villa Mercedes erreicht man das Ziel nach rund 760 Kilometern. Damit ist El Morro das Buenos Aires am nächsten gelegene große Vulkangebilde.

Denn gerade seine geologische Eigenschaft macht den Morro zu etwas Einzigartigem: Aus einer gewissen Entfernung sieht er aus wie ein mitten aus der Ebene herausragender Fels. Wenn man sich zutraut, den Berg zu erklimmen (er erhebt sich etwa 600 Meter über die Umgebung), dann erblickt der Besucher etwas Unerwartetes: Hat man den Berg endlich erklommen, befindet man sich auf dem Rand eines riesigen Kraters, in den man hinablickt. Im Inneren dieser rund vier Kilometer großen „caldera“ sieht man zahlreiche kleine Vulkankegel. Denn El Morro sollte ein Riesenvulkan werden, doch während seiner Entstehungszeit stellte er sein Wachstum ein und wurde, was er ist: ein gewaltiger Krater ohne dazugehörigen Bergkegel, der heute ein Besuchermagnet ist.

El Morro liegt in der Nähe eines kleinen Dörfchens, San José del Morro, das früher Posta (Raststätte) auf dem Weg vom Río de la Plata nach Mendoza und Santiago de Chile war, doch seit mehr als hundert Jahren in einen Dornröschenschlaf versunken ist, weil es abseits aller Verkehrswege liegt. Vom Dorf begibt man sich zur nahen Estancia La Morena, wo die eigentliche Besteigung beginnt, entweder zu Fuß oder an Bord eines Geländewagens: ein Halbtagesausflug, eine Ganztagestour, einfache Besteigung des Vulkans oder Durchquerung des Kraters, sogar Ausritte oder aber auch ganz nach Wunsch - Verbleib im Casco der altährwürdigen Estancia El Moreno, wo 22 Schlafgelegenheiten für den Abenteuerreisenden bereitstehen. In jedem Fall ein einmaliges Erlebnis. Wenn man mit dem Flugzeug von

Buenos Aires nach Mendoza darüber hinwegfliegt, wirkt der Krater besonders eindrucksvoll auf den aufmerksamen Beobachter. Auskunft durch die Casa de la Provincia de San Luis in Buenos Aires.

### Himmliche Arkebusiere

Wer im argentinischen Nordwesten die alten Kirchen und Kapellen besucht, wird häufig mit den „ángeles arcabuceros“ der peruanischen Malschule aus Cuzco („escuela cuzqueña“) konfrontiert: Die Eingeborenen-Künstler stellen Engel und Erzengel nach dem Vorbild der spanischen Konquistadoren dar, mit ihrem Wams und Helm, ihrem Degen und ihren Pulverbüchsen oder Arkebusen.

Besonders in der Quebrada de Humahuaca sind solche Sammlungen zu bewundern, etwa in Tilcara und Uquía, aber auch in San Salvador de Jujuy. Um diese Kunst besser zu verstehen, lohnt es sich, mit der Fundación Recrear Kontakt aufzunehmen, die kostenlose Führungen zur Erklärung dieser Kunst-richtung organisiert. Tel.: (0388)-4228653 und E-Mail recrear@imagine.com.ar.

Marlú

## ARGENTINISCHE WIRTSCHAFT

**Der frei benannte Dollarkurs betrug Freitag nachmittags \$ 3,03.** Die Terminkurse betragen zum 31.8. \$ 3,040, 30.9. \$ 3,060, 30.10. \$ 3,090, 30.11. \$ 3,120, 31.12. \$ 3,140 und 31.1. \$ 3,160.

\*\*\*

**Der Merrvalindex fiel in der Berichtswoche zum Donnerstag um 1,9% auf 9 54,87,** der Burcapindex um 1,0% auf 2.427,50 und der Börsenindex um 1,4% auf 43.555,93.

\*\*\*

**Die Gold-, Devisen- und Anlagenreserven der ZB betragen am 6.8.04 US\$ 18,10 Mrd., der Banknotenlauf \$ 33,01 Mrd.** Eine Woche zuvor waren es US\$ 18,02 Mrd. bzw. \$ 32,03 Mrd., einen Monat zuvor US\$ 17,73 Mrd. bzw. \$ 32,98 Mrd. und ein Jahr zuvor US\$ 13,53 Mrd. bzw. \$ 24,667 Mrd.

\*\*\*

**Der Deckungskoeffizient der Devisenreserven in Pesos zum Tageskurs, bezogen auf die monetäre Basis, betrug am 10.8.04 117,8%.**

\*\*\*

**Die von der ZB veröffentlichte Reglementierung des Gesetzes Nr. 25.882 über Finanzanstalten, hat die Wiedereinführung der Kreditkassen möglich gemacht.** Die Amtswege für die Qualifizierung wurden vereinfacht, das Grundkapital wurde zwischen \$ 100.000 und \$ 1 Mio., je nach der Bevölkerungsdichte des Einflussgebietes, bestimmt. (Für Banken sind es \$ 15 Mio.). Auch die Bestimmungen für die Gewährung von Kediten, die bis zu \$ 50.000 auf ein Jahr ohne monatliche Rückzahlungsraten und bis vier Jahre mit monatlichen Rückzahlungsraten,

betragen dürfen, wurden vereinfacht. Es können Fristeinlagen von bis zu \$ 12.000 (bisher \$ 10.000) angenommen werden. Die Kreditkassen können Teile ihrer Kreditportefeuilles veräußern, swaps durchführen und an Darlehen zwischen Banken teilnehmen. Die Garantien für die Einlagen werden dieselben wie bei Banken sein.

\*\*\*

**Das multinationale Holz- und Sägewerk Masisa investiert US\$ 1,7 Mio. in eine neue Fabrik für vorlackierte Zierleisten und 3 landesweiten Vertriebszentralen.** Damit soll die Fertigungskapazität um 2.700 cbm/Monat erhöht werden. Hauptabnehmer ist das Baugewerbe.

\*\*\*

**Das Stahlunternehmen Acindar hat im 1. Halbjahr 04 einen Nettogewinn von \$ 244,1 Mio. erwirtschaftet, um 30,9% weniger als im gleichen Vorjahreszeitraum.** Der Absatz nahm im selben Vergleich um 47,4% auf \$ 922,6 Mio. zu.

\*\*\*

**Renault Argentina suspendiert Personal im Werk Córdoba.** Wegen des Verkaufsrückganges und der allgemeinen Lage werde die Arbeit im August und September durch je 5 Tage eingestellt.

\*\*\*

**Nach ersten Regierungsermittlungen über Landwirtschaftsversicherungen haben Argentinien Landwirte 03 für Ernteversicherungen \$ 300 Mio. bezahlt.** 40% der Anbaufläche sei durch eine Versicherung geschützt. 1990 gab die Landwirtschaft \$ 40 Mio. für Versicherungen aus. Jetzt wurden 102.000 Policen für eine auf \$

7,3 Mrd. geschätzte Ernte abgeschlossen. 95% waren Hagelversicherungen, 5% für andere, einschliesslich Preisrisiken. Nur 2 Versicherungsgesellschaften haben Policen für die Viehzucht angeboten.

\*\*\*

**Die vom Mexikaner Slim kontrollierte Telemex bemüht sich, nach Telecom und Telefónica den 3. Platz am argentinischen Fernverbindungsmarkt zu halten.** Sie kontrolliert bereits Telmex Argentina (vormals AT&T), 80% von Techtel, in Partnerschaft mit Techint, und das Mobiltelefonunternehmen CTI Móvil. Nun hat sie auch MetroRED für US\$ 12,5 Mio. erworben. Dieses Unternehmen betreibt das 300 km lange Lichtwellen-Leiternetz in der Innenstadt von Buenos Aires, das Coinvest gehört hatte.

\*\*\*

**An der Börse von Buenos Aires wurden im Juli Schecks für \$ 2,1 Mio. gehandelt.** Im März, als dieser Handel begann, waren es nur \$ 560 Mio. Der Zinssatz lag am Anfang bei 3% jährlich und ist im Juli auf 7% gestiegen. Bei diesem Handel mit vorausdatierten Schecks ist die Marge zwischen Aktiv- und Passivzinsen sehr gering, bestehend aus der Provision des Maklers und den Gebühren der Börse. Daher konkurriert das System vorteilhaft mit den Banken, die eine sehr hohe Marge haben. Es wird daher erwartet, dass dieser Finanzierungsmechanismus sich stark ausweitet.

\*\*\*

**Die argentinische Firma Pablo Cassará hat eine Ausschreibung des brasilianischen Gliedstaates Sao Paulo gewonnen. Sie wird Biotechnologie-Medikamente für US\$ 5 Mio. liefern.** Die Ausschreibung wurde gegen Konkurrenten aus Südkorea, China und Indien gewonnen. Pablo Cassará liefert diese Spezialitäten bereits in beinahe alle lateinamerikanischen Staaten, nach Deutschland, Indien und Pakistan.

\*\*\*

**Die Unternehmen, die privatisierte öffentliche Dienstleistungen betreiben, schreiben weiter rote Zahlen.** Das Stromverteilungsunternehmen des südlichen Teiles von Gross Buenos Aires, Edesur, hat im 1. Halbjahr \$ 6,9 Mio. Verlust gehabt. Der Gasverteiler Metrogas büsste im gleichen Zeitraum \$ 16,7 Mio. ein.

\*\*\*

**Die ZB wird jeden Monat feststellen, wieviel die Banken ihren Kunden für 6 stark beanspruchte Dienstleistungen berechnen.** Es sind Girokonten, Sparkassen, Kreditkarten, Hypothekendarlehen, Personalkredite und Überweisungen. Die Banken müssen die entsprechenden Angaben über Kosten und Bedingungen bis zum 5. jeden Monats machen, damit sie von der ZB zu Vergleichszwecken für die Kunden im Internet, zum ersten Mal im September mit den Augustangaben, veröffentlicht werden.

\*\*\*

**Der Privathafen des der US-Firma AES gehörenden Wärmekraftwerkes Central Térmica San Nico-**

**lás wurde durch Dekret 1013/04 (Amtsblatt vom 10.8.04) amtlich zugelassen.** Er wird den Warenumschlag in dem Gebiet wesentlich erleichtern. Gleichzeitig wird die Errichtung neuer Hafenanlagen und ihre Vermietung bewilligt, die vorwiegend der Versorgung des E-Werkes mit flüssigen Kraftstoffen dienen.

\*\*\*

**Obwohl sich der Verbrauch der Bevölkerung im 1. Halbjahr 04 im Vorjahresvergleich um 3% erholt hat, liegt er noch immer um 7% unter 01, dem letzten Jahr der Konvertibilität, wie die Beraterfirma Latin Panel ermittelt hat.** Auch nach der angenommenen 8%igen Verbrauchszunahme im 2. Halbjahr, würde der Jahresverbrauch unter 2001 liegen. Der Verbrauch in Gross Buenos Aires ging im Vorjahresvergleich um 1% zurück, während er im restlichen Land um 6% zugenommen hat.

\*\*\*

**Der Pegasus Capital Investmentfonds hat seine 4. Akquisition in 12 Monaten abgeschlossen.** Die Alvherrgruppe, einer der bedeutendsten Hersteller flexibler Verpackungen in Argentinien, wurde von Pegasus, zusammen mit der chilenischen Edelpa (Envases del Pacífico), übernommen. Edelpa ist in Chile Markterster in flexiblen Verpackungen, setzt US\$ 55 Mio. im Jahr um, und behält dort 35% des Geschäftes von Alvherr, die mit 360 Mitarbeitern 6 Fabriken betreibt und in Argentinien etwa 20% Marktanteil hat. Vom Jahresumsatz von \$ 60 Mio. wurden 8% durch Ausfuhren erwirtschaftet.

\*\*\*

**In der Stahlgießerei Aceros Zapla, in der Provinz Jujuy, wird wegen Lohnfragen weiter gestreikt.** Die Zufahrt zum Werk ist vollkommen gesperrt, so dass mit Schrott beladene Lkw in ihre Ursprungsprovinzen mit voller Last zurückkehren mussten. Die Arbeitnehmer weisen eine einmalige Zulage von \$ 100 zurück und bestehen auf einer Erhöhung von \$ 250 im Monat.

\*\*\*

**Die Regierung wird Schuhwerkeinfuhren aus Brasilien einschränken, wenn sich die Lieferanten nicht zu geringeren Lieferungen verpflichten.** Industriesekretär Dumont wird in der nächsten Woche in Brasilia u.a. über die Schuhfrage verhandeln. Zu Jahresbeginn wurde zwischen argentinischen und brasilianischen Herstellern Schuhwerklieferungen von 12 bis 13 Mio. Paar vereinbart. Die argentinische Schuhindustriekammer schätzt jedoch, das bis Jahresende 18 Mio. Paar aus Brasilien kommen werden.

**KAUFE VERSCH. COMPRAS VARIAS**

IVES compra adornos, cristalería, porcelanas, antigüedades, muebles, objetos varios, 4791-4287



**CD Rom / Touch-Screen**  
**Web / Video Digital**  
**3D / Animaciones**  
**(5411)4703-5509**  
**www.multimedia.com.ar**

\*\*\*

Die für dieses Jahr angekündigten Massnahmen bedeuten eine Erhöhung der Primärausgaben auf \$ 88 Mrd. bzw. 20,4% des BIP. Das sei der grösste Prozentsatz seit 1991 und knapp 2 Punkte über den Werten vor der Krise 02, wie Grupos Unidos del Sud bekannt gegeben hat. Die grössten Zunahmen erfolgten durch Überweisungen an Provinzen, Pläne für arbeitslose Familienoberhäupter, Kapitalausgaben und die Energiekrise zu mildern, und neue öffentliche Bauvorhaben. Die Aufwendungen für Löhne und Gehälter, sowie Renten und Pensionen, 1,8% bzw. 5,7%, liegen noch unter dem Stand von Dezember 01. Die Ergebnisse der öffentlichen Hand gestatten einen breiten Spielraum für die Fiskalpolitik. Mit für 04 errechneten Steuereinnahmen von über \$ 95 Mrd. könne mit einem Primärüberschuss von \$ 15 Mrd. gerechnet werden, um \$ 4,8 Mrd. mehr, als mit dem IWF vereinbart wurde. Die expansive Fiskalpolitik bürdet der Regierung jedoch immer grössere Verpflichtungen auf, darunter Renten-, Gehalts- und Lehrerzulagen-Erhöhungen von \$ 2,5 Mrd. im kommenden Jahr.

\*\*\*

In Regierungskreisen wurde anerkannt, dass man Erhöhungen des beweglichen Mindestlohnes (salario

mínimo vital y móvil) erwäge, um dem schrumpfenden Verbrauch entgegenzuwirken. Zum Unterschied mit den letzten, per Dekret angeordneten Erhöhungen, würde der Lohn-, Beschäftigungs- und Produktionsrat im Arbeitsministerium einberufen werden, um die Massnahme mit der Privatwirtschaft und den Gewerkschaften zu vereinbaren. Die Absicht wurde später von Wirtschaftsminister und dem Kabinettschef bestätigt, der auch erklärte, dass Erhöhungen für Staatsbeamten erwogen werden.

\*\*\*

Die Festtelefon- und Postunternehmen sind verpflichtet, alle 6 Monate bei der Fernverbindungskommission eine eidesstattliche Erklärung abzugeben, dass sie die „kauft argentinisch“ Anordnungen befolgen. Der im Amtsblatt vom 10.8.04 veröffentlichte Beschluss 2350/04 verfügt, dass die Unternehmen ihre Preisnachfragen des vergangenen Halbjahres mitteilen müssen, sowie die erfolgten Einkäufe, Dienstleistungs- und Bauverträge. Das Gesetz Nr. 25.551 bestimmt, dass öffentliche Dienstleister Erzeugnisse heimischer Fertigung zu bevorzugen haben, auch wenn sie für Grossunternehmen um 5% und für die anderen um 7% teurer sind, als ausländische Konkurrenzpro-

dukte. Die eidesstattlichen Erklärungen müssen bis zum jeweiligen 31.1. und 31.7. eingereicht sein.

\*\*\*

Die Julio Bank fordert bei Gericht die Rückgabe durch den Kunden von aufgrund eines Schutzkurses über \$ 1,40 plus CER-Indexierung pro Dollar ausgezahlten Betrages, rd. 30%. Der Kunde hatte den niedrigeren Betrag angenommen und anschliessend erfolgreich geklagt. Die Bank beruft sich auf das jüngste diesbezügliche Urteil des obersten Gerichtshofes.

\*\*\*

Die Weinkellerei Chandon gab für den Monat Mai, im Vorjahresvergleich, einen 33%igen Rückgang ihrer Sektverkäufe bekannt. Der Verlust sei auf die 12% Luxussteuer, die jetzt erhoben wird, zurückzuführen.

\*\*\*

Die Banco de la Nación konnte den säumigen Teil ihres Kreditportefeuilles um \$ 1 Mrd. verringern, wie Präsidentin Felisa Miceli bekanntgab. Marode Kredite seien seit ihrer Amtübernahme von 62% auf 50% zurück gegangen. Einige der Kunden, wie Soldati, hätten ihre Verpflichtungen umgeschuldet und bereits 35% derselben bezahlt. Die gesunden Kredite seien von \$ 2,8 Mrd. auf \$ 3,6 Mrd. angestiegen. Die Einlagen hätten von \$ 22,68 Mrd. im Dezember auf 23,67 Mrd. per Ende April zugenommen. Das sei ausschliesslich auf die öffentliche Hand zurückzuführen. Privateinlagen gingen von 14,43 Mrd. auf 13,32 Mrd. zurück.

\*\*\*

Industriesekretär Dumont gab bekannt, dass die Staatsschulden an die Kfz-Industrie aus den Verschrotungsplänen ab Januar 05 in Raten beglichen werden. In Fachkreisen hiess es, dass von 19 Raten gesprochen wurde. Die Gesamtschuld von etwa US\$ 350 Mio. würde nicht voll anerkannt werden. Der 1994 eingeführte Plan gestattete Inhabern von über 10 Jahre alten Kfz, diese zu verschrotten und dafür einen Gutschein für eine Teilzahlung eines fabrikneuen oder gebrauchten Fahrzeuges argentinischer Fertigung zu erhalten. Diese Gutscheine wurden vom Schatzamt jedoch nicht eingelöst. Wirtschaftsminister Lavagna erklärte jetzt dazu, wenn es zur Zahlung käme, würden die Kfz-Fabriken die Schuld in Pesos erhalten, nach einer Ausschreibung für die durchzuführenden Abschläge.

\*\*\*

Das argentinische Satellitenunternehmen Impsat wird US\$ 1,5 Mio. investieren, um der Landwirtschaft und den Pymes Breitband-Internetdienste zu bieten. Damit sollen Gebiete bedient werden, in denen es weder Bodenstrukturen noch Telefonleitungen gibt. Impsat rechnet in den nächsten 2 Jahren mit 1.200 solcher Kunden. In die Erweiterung der Dienstleistungsplattform für Brasilien, Kolumbien, Venezuela, Peru und Ecuador werden weitere US\$ 4,5 Mio. investiert.

\*\*\*

Das Ministerium für Bauten und Öffentliche Dienste der Provinz Santa Fe hat die Firma Aguas Provinciales aufgefordert, zu entscheiden ob sie die Wasserkonzession behält oder nicht. Innerhalb von 30 Tagen habe sie ihren Investitionsplan einzureichen.

\*\*\*

Das Arbeitsministerium zahlt im August bisher um 49.788 weniger Unterstützungspläne für arbeitslose Familienoberhäupter aus als im Juli. Gegenüber dem Vorjahresaugust sind es um 267.825 weniger.

\*\*\*

Die Regierung der Provinz Chaco hat \$ 20 Mio. für eine 132 kV Hochspannungsleitung bestimmt, die bis in das El Impenetrable benannte Gestrüppgebiet führen soll. Die Leitung mit mehreren Abzweigungen wird von Presidente Roque Sáenz Peña bis nach Juan José Castelli gelegt.

\*\*\*

Die Provinzregierung von Misiones hat die Rodung von 9.000 ha der Reserva Biósfera Yabotí per Dekret bis Jahresende aufgehoben. Grund sei ein Konflikt zwischen den Eingeborenen und den Holzgewinnungs-Unternehmen, die das Gebiet ausbeuten.

\*\*\*

Planungsminister De Vido erklärte im Seminar des Council of Americas, den Stromerzeugern würden keine Saisonanpassung ihrer Strompreise bewilligt werden. Die E-Werke hatten mit 18% bis 20% Erhöhung gerechnet.

\*\*\*

Der Stromverbrauch nahm im Juli im Vorjahresvergleich um 3,2% zu. Im Vormonatsvergleich betrug die Zunahme 3,6%. Im Raum Gross Buenos Aires, der von Edenor, Edesur und Edelap beliefert wird, betrug die Zunahme gegenüber dem Vorjahr 1,03%, in Jujuy um 27%, wie die Fundelec Stiftung bekanntgab.

\*\*\*

Die Regierung Argentiniens und der Siemenskonzern, die sich über die einseitige Kündigung des Vertrages über Identitätsausweise, Grenzkontrollen usw. in einem Rechtsstreit befinden, haben einen versöhnlichen Ton gezeigt. Kirchner dankte für die Investitionen im Fernverbundbereich und Siemens betonte den festen Kurs der Führung des Landes. Dennoch werde Siemens bei seiner Schadenersatzforderung von US\$ 550 Mio. vor dem Weltbankschiedsgericht ICSID (span. CIADI) keine Rückzieher machen, wie der lokale Geschäftsführer Kleinhempel erklärte. Kirchner besichtigte das Siemenswerk und durchschnitt anschliessend das Band für die Inbetriebnahme des neuen „contact centers“, einer ausgereiften Fassung der bekannten „call center“. Über die Auswirkungen der Schadenersatzklage auf mögliche Siemensinvestitionen befragt, erwiderte Kleinhempel, eines hätte mit dem anderen nichts zu tun. Siemens sei seit langem in Argentinien tätig und wer-

NUEVA LINEA  
2000  
ACERO

MAXIMA SEGURIDAD

# KOH-I-NOOR

SECARROPAS  
2.800 R.P.M. - TAMBOR DE ACERO INOXIDABLE  
EXCLUSIVO SISTEMA DE SEGURIDAD T.B.S.®



CAPACIDADES: 4,2Kg, 5,2Kg y 6,2Kg.  
COMO EN SU TRADICIONAL LINEA BLANCA

¡ PODEROSO EL CHIQUITIN !

Fabrica y Distribuye AUTOSAL S.A. E. Echeverría 930 (1620) Florida  
Pcia. de Buenos Aires - Argentina. Tel.: 4730-0011 - Fax: 4730-0800

## Kirchner mit erneuter Kritik an Erdölunternehmen

In einem neuen Vorstoss gegen die in Argentinien tätigen Erdölgesellschaften rechtfertigte Präsident Kirchner die Erhöhung der Ausfuhrsteuern auf Erdölprodukte mit der Überhöhung der Kraftstoffpreise und verlangte von den Unternehmen, aufzuhören uns ein Bein zu stellen und zu spekulieren. Sie sollten an den Bemühungen des argentinischen Volkes, sich von der Wirtschafts- und Sozialkrise zu erholen, teilnehmen.

Wir wollen, dass sie investieren, erklärte er anlässlich einer Zusammenkunft im Regierungsgebäude, bei der er die Notwendigkeit betonte, dass die National- und Provinzregierungen der Tätigkeit der Erdölgesellschaften Grenzen setzten. Gegen Mittag hatte er in seiner Ansprache bei einer Einweihung im Siemenswerk im Vorort San Martin erklärt, die Unternehmen berechnen übermässige Preise. Sie würden Erdöl fördern, das argentinisch sei und nicht von internationales Kosten betroffen ist.

Auch Kabinettschef Alberto Fernández prangerte den Mangel an Investitionen der Erdölunternehmen an. Sie seien seit langem stark zurück gegangen. Das habe nichts mit der Pesifizierung zu tun, denn schon lange vorher hätten die Firmen aufgehört in die Erschliessung neuer Erdöl- und -gasreserven zu investieren. Sie hätten aufgehört nach Öl und Gas zu forschen, aufgehört in den Gasvertrieb zu investieren und nun sei der Zeitpunkt gekommen, in dem sie es tun sollen.

Planungsminister De Vido erklärte, die Preispolitik der (staatlichen) brasilianischen Petrobrás sei vollkommen falsch und forderte, dass das Erdölunternehmen seine Investitionen in Argentinien erhöhe. Petrobrás habe eine grosse Investitionsschuld in Argentinien. Petrobrás gab als Antwort die Entdeckung neuer Erdöl- und -gasvorkommen bekannt. Am 4.8.04 seien die Arbeiten abgeschlossen worden, mit denen das Puesto Oliverio X-100 Vorkommen, 180 km nordöstlich von Rio Gallegos, Provinz Santa Cruz, die Probeförderung von 60.000 cbm Erdgas und 30 qbm Erdöl bestätigen konnte. Zur endgültigen Bestimmung würden die Arbeiten mit einer geschätzten Investition von US\$ 15-20 Mio. fortgesetzt werden. De Vido erklärte, Argentinien erwarte von Petrobrás eine führende Rolle bei der Erweiterung der Transportkapazität der San Martin Leitung, einer der grössten des Landes. Auch darauf hat Petrobrás geantwortet. Für die Erweiterung der Erdgasleitungen von TGS, an der Petrobrás Teilhaber ist, seien die Ausschreibungen für das Zuliefermaterial bereits erfolgt. Die Transportkapazität würde dann, von den Förderungsgebieten bis nach Buenos Aires, um rd. 3 Mio. cbm/Tag erhöht werden. Die Arbeiten enthalten die Legung von 509 km Leitungen und die Installation von 30.000 PS Energieleistung bis zum Winter 05.

de investieren, wenn es sich um ein rentables Vorhaben handle.

\*\*\*

**Die grösste Provinzsteuerlast besteht in Santiago del Estero, die kleinste in Chubut.** Wie die Mediteraneo Stiftung zusammen mit Deloitte & Touche in ihrer Arbeit über Provinz- und Gemeindesteuern 03 zeigen, ist diese Steuerlast für Investitionsentscheidungen wesentlich. Obwohl die Provinzsteuer gering erscheinen, etwa 2,5% im landesweiten Durchschnitt, ist die Steuerlast, zusammen mit den Nationalsteuern von 25% auch nach internationalen Massstäben gross.

\*\*\*

**Die Noble-Gruppe, eine britische Körperschaft mit Stammsitz in Hong Kong, hat der Provinz Santa Fe bestätigt, dass sie in einer 1. Etappe US\$ 25 Mio. in Hafenanlagen in Timbúes, 136 km südlich der Provinzhauptstadt, investieren wird.** Die Gruppe betreibt derzeit einen gemieteten Privathafen in Zárate, im Norden von Buenos Aires, und hat Geschäftsverbindungen mit Häfen in Rosario, Necochea und Bahía Blanca, in

Argentinien, und in Callao, Peru.

\*\*\*

**Präsident Kirchner hat die Begünstigungen des Arbeitslosenfonds auf die Ländarbeiter ausgedehnt.** Ihr Gewerkschaftsführer ist auch Vorsitzender der 62 Organisationen, der politischen Körperschaft des CGT-Gewerkschaftsbundes. Bei der Verkündung wiederholte Präsident Kirchner seine Argumente für eine Produktivitätsallianz, von der nur Grossunternehmen die nicht investieren (in Anspielung auf Erdölgesellschaften) und jene ausgeschlossen seien, die den Neoliberalismus der 90er Jahre in Schutz nehmen.

\*\*\*

**Die Regierung hat sich zu Entschädigungen für den Steuerverlust bereit erklärt, den die Fabriken von Lkw und Nfz erleiden.** Zur Förderung des Verkaufes dieser Fahrzeuge hat die Regierung die MwSt., die der Endverbraucher bezahlen muss, von 21% auf 10,5% verringert. Dadurch können die Fabriken die von ihnen während der Produktionsvorgänge geleisteten MwSt-Zahlungen nicht voll übertra-

## Telecom schuldet um

Telecom de Argentina konnte einen entscheidenden Schritt zu seiner Umschuldung tun. Sie hat die Zustimmung der Gläubiger mit 87% des Schuldkapitals erreicht. Die genaue Auszählung aller Stimmen könnte über 90% ergeben. Damit hat das von Telecom de Italia und der argentinischen Wertheingruppe kontrollierte Fernsprecherunternehmen die von der argentinischen Gesetzgebung für eine aussergerichtliche Einigung geforderte Mindestzustimmung von 66% bequem überschritten.

Telecom de Argentina geriet im Juni 2002 in das grösste Default eines Privatunternehmens in Argentinien. Jetzt wurden Bonds auf 7 und 10 Jahre mit Teilzahlungen in Barem geboten. Im Durchschnitt wird der Abschlag auf die Gesamtschuld bei 10% liegen.

Ein Grossteil der Gläubiger wird 100% der Schuld in Bonds auf 10 Jahre erhalten, mit Zinsen in Dollar, die mit 5,53% beginnen und 2014 mit 8% enden. Ein andere Vorschlag sind kürzerfristige Bonds mit Fälligkeit 2011, Zinsen von 9% bis 11% und einem Abschlag von 5%. Ein Teil der Tilgung, bis zu US\$ 663 Mio., wurde in Barem mit einem Abschlag von 20% angeboten.

Die Umschuldung wird Telecom im Jahr 2005 einen Investitionsplan von US\$ 160 Mio. gestatten, der für Internet und Telefon-Festanschlüsse bestimmt ist. Das Abkommen bestimmt auch, dass Telecom nicht mehr als 15% seines Umsatzes für Investitionen ausgeben darf.

Die Umschuldung von Personal, der Mobiltelefonfiliale von Telecom, steht noch aus. Der Schuldbetrag liegt bei US\$ 600 Mio. Die Gesamtschuld von Telecom de Argentina beträgt über US\$ 3,3 Mrd.

gen. Besonders Mercedes und Iveco wurden von der Massnahme hart getroffen.

\*\*\*

**Durch Dekret 1010/04 (Amtsblatt vom 10.8.04) wurden die Dekrete 1772/91, 2094/93 und 2733/93 ausser Kraft gesetzt, die ein vorübergehendes System geschaffen hatten, durch das Schiffe argentinischer Flagge auf ausländische Flaggen übergehen konnten.** Als Ergebnis nahm die Zahl der Schiffe unter argentinischer Flagge von 149 Einheiten 1991 auf 70 Einheiten 2002 ab. Das neue Dekret gewährt eine Frist von zwei Jahren für den Übergang auf die argentinische Flagge, für alle Schiffe, die im Rahmen der genannten Dekrete auf ausländische übergegangen waren. Das neue Dekret erlaubt auch in bestimmten Fällen die Verwendung ausländischer Schiffe ohne Mannschaft unter dem System der temporären Einfuhr. Mit dem neuen System müssen die Unternehmen, die die Schiffe betreiben, wieder die lokale Arbeitsgesetzgebung anwenden und in Argentinien die Gewinnsteuer zahlen. Konkret geht es um etwa 60 Schiffe, die von der neuen Ordnung betroffen sind. Die Regierung und die Gewerkschaften meinen, dieses Dekret wird zur Expansion der nationalen Handelsmarine beitragen. Die Reeder sind hingegen der Ansicht, dass die Schifffahrt dadurch Konkurrenzfähigkeit einbüsst, wobei sie auch darauf hinweisen, dass diese Schiffe ausländischer Flagge, die bei der Binnenschifffahrt mit argentinischen Arbeitskräften tätig waren, sich an die lokale Arbeitsgesetzgebung hielten und hier Steuern zahlten. Bei Überseeschiffen war dies jedoch nicht der Fall.

\*\*\*

**Die ZB hat Bankschuldnern die Möglichkeit gewährt, zwischen dem 15. September und dem 15. Oktober Schulden mit Boden-Bonds zu tilgen.** Sie werden dabei zum techni-

schon Wert genommen (also Nennwert plus CER-Indexierung), was etwa 3% über dem Marktwert ergibt. Nur diejenigen, die die Boden direkt von der Regierung erhalten haben, können von dieser Möglichkeit Gebrauch machen. Zweitkäufer sind ausgeschlossen.

\*\*\*

**Im August hat das Schatzamt \$ 753,8 Mio. für Tilgungen und Zinsen von Boden-Bonds aufgewendet.** \$ 390,8 Mio. entfallen auf Boden 2007-Amortisation, \$ 23,6 Mio. auf Zinsen derselben und \$ 179,5 Mio. auf eine Amortisation der garantierten Schuld. In diesem Jahr müssen insgesamt US\$ 1,38 Mrd. an Amortisation und Zinsen gezahlt werden. Aber 2005 steigt der Betrag auf US\$ 4,27 Mrd. Die ab 1.1.02 ausgegebenen Bonds belasten die Staatsfinanzen in den kommenden Jahren zunehmend stärker.

\*\*\*

**Einer Ermittlung des CEB (Centro de Estudios Bonaerenses) zufolge, haben die Investitionsvorhaben der Privatwirtschaft in Argentinien, im 1. Halbjahr 05, US\$ 8,4 Mrd. betragen, um 56,9% mehr als vor einem Jahr.** 41,6% dieser Investitionen galten dem Dienstleistungsbereich, womit die Industrie vom 1. Platz verdrängt wurde. Der Dienstleistungsbereich verdoppelte seine Investitionen vom Vorjahr, mit US\$ 2,64 Mrd. Auslands- und US\$ 779,9 Mio. argentinischem Kapital. Vom Auslandskapital waren 45% spanisch und 15% US-amerikanisch. Hauptbereiche waren Fernverbindungen und Post, Flug-, Eisenbahn, und Strassenverkehr, Klein- und Grosshandel. Das Baugewerbe gab neue Vorhaben für US\$ 559,4 Mio. bekannt, um 100% mehr als vor einem Jahr. 54,5% dieser Investitionen kamen aus den USA, 44,9% von argentinischen Unternehmern.

\*\*\*

**Bei Ermittlungen über mutmassliche Steuerhinterziehung von \$**

## Der Genfer WHO-Kompromiss

Der Staatssekretär für Internationalen Handel im Aussenministerium, Martín Redrado, gab in einem Artikel in der Zeitung „La Nación“ vom 10.8.04 die Grundlagen der Übereinkunft bekannt, die im Rahmen einer Beratung der wichtigsten Staatengruppen Ende der Vorwoche in Genf erreicht wurde. Es handelt sich um folgendes:

- Die Exportsubventionen für landwirtschaftliche Produkte werden zunächst um 20% im ersten Jahr des Abkommens gekürzt, und von da an jährlich abnehmen, bis zu einem Restbetrag, der in der letzten Etappe des Kürzungsprogrammes ausgehandelt werden muss.

- Alle Formen der Exportsubvention werden abgeschafft, einschliesslich der Massnahmen, die eine äquivalente Wirkung haben, was sich auf Kredite, Versicherungen und Kreditgarantien für Exporte bezieht, die eine Subventionskomponente haben, sowie auch die Nahrungsmittelhilfen, die als verzerrender Mechanismus für die Unterbringung von Überschüssen verwendet werden, und auch die Monopolmacht, die die staatlichen Handelsunternehmen einsetzen.

- Die Verringerung der Zollsätze für alle landwirtschaftlichen und industriellen Produkte wird ab der konsolidierten Zölle (die Höchstzölle, die jedes Land bei der WHO gemeldet hat, und die von ihr genehmigt worden sind) und nicht der effektiv angewendeten berechnet, wobei die entwickelten Länder eine angemessene Zahl von „sensiblen“ Produkten identifizieren können, für die die Verringerung geringer ausfallen kann.

- Die Verhandlung über nicht landwirtschaftliche Produkte wird, je nach Fall, die Verringerung oder Abschaffung der nicht zollmässigen Hindernisse einschliessen, besonders derjenigen, die Produkte betreffen, die von Exportinteresse für die Entwicklungsländer sind.

- Gemeinsame Arbeit, um schrittweise höhere Liberalisierungs-niveaus bei Dienstleistungen zu erreichen, ohne a priori irgend einen Sektor, noch Art der Leistung auszuschliessen, wobei den Fällen besondere Aufmerksamkeit gewidmet wird, die von besonderem Exportinteresse für die Entwicklungsländer sind.

**30 Mio. des Sarmiento Verlages, (der auch die Zeitung Crónica herausgibt) und andere mit ihm verbundene Unternehmen, wurden 5 Personen in Haft genommen.** Der Fall wurde vor 2 Jahren eingeleitet, doch bereits im Mai 2000 hatte der damalige AFIP-Direktor Silvani gegen den Verlag und weitere 34 Unternehmen Strafanzeige erstattet, damals wegen mutmasslicher Schädigung des Staates um \$ 120 Mio.

\*\*\*

**Der argentinische Zeitungsher-ausgeberverband Adepa hat mit Nación Leasing ein Abkommen unterzeichnet, das angeschlossenen Unternehmen gestatten wird, Kapitalgüter mit bis zu 100% Finanzierung zu erwerben.** Es sehe die Eingliederung aller Steuern in den Kaufpreis und einen verringerten Zinssatz vor. Das Abkommen auf 12 Monate soll automatisch erneuert werden.

\*\*\*

**Im 2. Quartal 04 wurden für \$ 560,4 Mio. um 61% mehr Landwirtschaftsmaschinen gekauft, als im gleichen Vorjahresquartal.** Wie das Statistikamt weiter bekanntgab, waren 62,4% davon Importmaschinen. Im 1. Quartal hatte der Absatz über \$ 585 betragen. 35% waren Erntemaschinen, 33% Traktoren und 22% Saatmaschinen. 02 wurden noch 63% im Inland hergestellte Maschinen gekauft. 80% der Erntemaschinen und Traktoren kämen aus dem Ausland, 80% davon aus Brasilien. Saatmaschinen sind vorwiegend heimischer Fertigung.

\*\*\*

**Kfz-Zulieferer des Mercosur**

**wollen gemeinsam in anderen Märkten konkurrieren.** Sie machen die Kfz-Fabriken für das Marktgleichgewicht zwischen Brasilien und Argentinien verantwortlich. Vertreter von Kfz-Zuliefererindustrien der 4 Mercosur-partner verpflichteten sich zur Zusammenarbeit, sowohl in privaten wie in Regierungsbereichen, um die gegenseitige Ergänzung der Industrien zu fördern.

\*\*\*

**Die Garovaglio & Zorraquín Gruppe hat ihren CEPA Schlachthof Ende 03 verkauft.** Das in Gläubigerversammlung befindliche Unternehmen wurde von den Brüdern Terrado, Inhabern der Santa Elena Bursátil Finanzanstalt und ehemaligen Partnern von M. Gastaldi in der Extrader Bank, mutmasslich durch den Tausch von Aktien gegen Schulden, übernommen. Der Name des Unternehmens wurde rechtsgültig auf Temux geändert.

\*\*\*

**Das Abgeordnetenhaus hat die Verlängerung des Lehrerförderungs-fonds durch 5 weitere Jahre verabschiedet.** Da der Senat die Vorlage vor einem Monat angenommen hat, bleibt das Gesetz bis zum 1.1.09 in Kraft. Das Budget des Fonds beträgt derzeit \$ 974 Mio., doch wird noch die letzte Zahlung von 03, weitere \$ 300 Mio., geschuldet.

\*\*\*

**Das Vertrauen der Verbraucher in die Wirtschaft schrumpft weiter.** Mit bisher weiteren minus 5,7% im August hat es den niedrigsten Stand seit April 03, zum Amtsantritt Präsi-

## Erhöhung der Altersrenten

Zum ersten Mal in 13 Jahren werden alle Altersrenten bis zu einem Monatsbetrag von \$ 1.000 um 10% erhöht. Bisherige Zulagen galten nur den Mindestrenten. Die Erhöhungen sollen ab den im September fälligen Augustrenten als Rentenzusatz bezahlt werden. Damit werden sowohl die Abzüge für die Sozialsysteme durchgeführt als auch die Zahlung für die 13. Rente mitgerechnet, nicht aber die Beiträge der selbstständig Erwerbstätigen erhöht.

Die Abrechnung des Rentenzusatzes erfolgt demnach über eine andere Codennummer als der des laufenden Bezuges. Sonst müsste die Erhöhung auch auf die komplizierte, mopre (módulo provisional) benannte Berechnungsgrundlage erfolgen, die das PBU (prestación básica universal) des staatlichen Rentensystems ergibt. Eine PBU beträgt derzeit \$ 80.

Rentner der privaten AFJP Kassen erhalten die 10%ige Erhöhung nur auf die PC (prestación compensatoria) benannten 1,5% eines Monatsentgeltes pro Dienstjahr. Das gelte in 115.000 Fällen. Auch hier gilt die Erhöhung für die Berechnung der 13. Monatsrente und für die Sozialabgaben.

Die Mindestrente wird \$ 308 betragen, was einer Erhöhung um 18,5% gleichkommt, da die für September vorgesehene Mindestrentenerhöhung von \$ 260 auf \$ 280 nicht stattfindet. Diese Erhöhung der Mindestrenten werde 1,88 Mio. Rentner begünstigen. Das seien 60% aller Renteneempfänger. Ihre Erhöhungen vom 1.9 bis zum 31.12.04 werden \$ 227,7 Mio. kosten. Die Erhöhungen der restlichen Empfänger bis \$ 1.000 Monatsrente wird 1,09 Mio. begünstigen und bis Jahresende \$ 226,3 Mio. kosten. 162.000 Rentner erhalten keine Erhöhung. Im Jahr 2005 wird die Erhöhung \$ 1,36 Mrd. kosten. Die Durchschnittsrente wird um 48,9% auf \$ 440,7 erhöht, was 12,5% der letzten Junibezügen seien.

## Prozessbeginn der Klage von CMS, USA

Für die Verteidigung in der Schadenersatzklage eines Konzessionärs wegen der Pesifizierung, hat sich Argentinien für den harten Kurs entschieden. Vor dem Weltbankschiedsgericht ICSID (spanisch CIADI) wird der neue Justizminister Horacio Rosatti, der bis vor Kurzem Schatz-anwalt war und sich mit dem Fall befasst hat, den argentinischen Staat vertreten. Der Kläger, der nordamerikanische CMS, Minderheitsbetei-ligter am TGN Gastransportunternehmen fordert einen Schadenersatz von US\$ 265 Mio. Der Prozess bildet einen Präzedenzfall für weitere 32 Fälle für insgesamt US\$ 16 Mrd.

Die Schiedsgerichtsverhandlungen haben am Montag begonnen und sind bis zum 21.8. vorgesehen. Das Urteil soll erst zu Jahresende bekannt werden. Während CMS bei der Klage durch seine höchste Führungsetage aus Michigan vertreten ist, verhandelt TGN, an der CMS mit 30% beteiligt ist, in Buenos Aires über die Neuaushandlung seiner Konzessionsverträge mit der Regierung und erklärt, er könne seine Minderheitspartner nicht im Zaum halten.

dent Kirchners, erreicht. Die Ermittlungen der Di Tella Universität sind auch eine gültige Voraussicht auf das kurzfristige Verbraucherverhalten. Das Vertrauen sinkt landesweit, doch am stärksten in Buenos Aires Stadt, wo es gegenüber dem Vorjahresaugust um 14% geringer ist.

\*\*\*

**Die Regierung will die Mindestentlohnungen, die 350.000 Arbeitnehmer des Staates und der Privatwirtschaft erhalten, auf \$ 400 im Monat erhöhen.** Ausserdem erwägt sie eine Zulage, für alle Lohn- und Gehaltsempfänger der Privatwirtschaft, durch eine Erhöhung der Grundlöhne der Kollektivverträge. Davon wären 3 Mio. Arbeitnehmer begünstigt.

\*\*\*

**Die Regierung will den Notenbankchef Prat-Gay und ihren Vizepräsidenten Lacoste vom Senat für eine weitere Amtsperiode bestätigt**

**haben.** Die notwendigen Unterlagen werden ausgearbeitet. Über die weiteren 4 ZB-Direktoren ist noch nichts bekannt geworden.

\*\*\*

**Die Sojabohnennotierungen machen weiter Schlagzeilen.** Um 1,7 Mio. t geringere Ernteschätzungen des US-Landwirtschaftssekretariates liessen die Preise in Chicago um 8% wieder auf über US\$ 250 pro Tonne klettern.

\*\*\*

**Die Ukraine hat die Öffnung für Rindfleischimporte aus Argentinien bekannt gegeben.** Die Bewilligung gilt frischem und knochenfreiem Fleisch, sowie Nebenprodukten wie Zunge, Herz und Leber.

\*\*\*

**Im Juli haben die Bankkredite im 4. Monat in Folge um rd. \$ 700 Mio. zugenommen.** Die Zunahmequote in diesem Zeitraum beträgt damit rd. 35%.

## WIRTSCHAFTSÜBERSICHT

### Va banque-Spiel

Die Verzögerung der Revision des ersten Quartals 2004 bzw. dritten Quartals des laufenden Standby-Abkommens durch das Fondsdirektorium bis nach den Sommerferien im August bewog Wirtschaftsminister Roberto Lavagna, die nachfolgenden Verhandlungen zwischen der argentinischen Regierung und der Fondsleitung unter dem Spanier Rodrigo de Rato vorerst auszusetzen. Diese Verhandlungen hätten im September sowohl die Revision besagten Quartals als auch diejenige des nächsten Quartals umfassen müssen, wobei zeitgleich über die makroökonomischen Auflagen für die beiden ausstehenden Jahre 2005 und 2006 des dreijährigen Standby-Abkommens verhandelt werden müsste. Diesbezüglich geht es in der Hauptsache um den Primärüberschuss in beiden Jahren zwecks nachhaltigen Zinszahlungen der Staatsschuld.

Minister Lavagna verzögerte die drei Verhandlungen bis zur Umschuldung der Bonds in Default. Vorher müsse der Markt reden, meinte er in Anspielung an die Bondsinhaber, denen die Regierung nach der Erledigung der formellen Billigung der neuen Bonds durch die US-Wertschriftenkommission (im englischen Kürzel SEC), die für Ende August erwartet wird, die längst bekannte Offerte mit allen ausstehenden Einzelheiten vorlegen wird. Eine englisch „road show“ genannte Vorstellungstour in Europa, Japan und USA soll im September dafür sorgen, dass die Bondsinhaber erfahren, welche neuen Bonds ihnen in Abgeltung der Bonds in Default angeboten werden. Minister Lavagna wird nicht an dieser Reise teilnehmen, die sein Finanzsekretär Guillermo Nielsen leiten wird.

Der Markt, auf den sich Lavagna bezog, sind die Bondsinhaber in Argentinien und anderen Ländern sowie die sogenannten institutionellen Investoren, in Argentinien die privaten Rentenkassen AFJP, ferner die Versicherungsgesellschaften, Banken und andere Geldgeber, sowie im Ausland, zumal in USA, die Investmentfonds, Pensionskassen und andere Investoren, die höher verzinsliche argentinische Bonds erworben haben. Des weiteren werden hunderttausende Einzelinhaber solcher Bonds angesprochen. Alle müssen entscheiden, ob sie die Umschuldungsofferte annehmen, in wel-

chem Fall sie mitteilen müssen, welche neuen Bonds sie wählen.

Die Geschäftsbanken in den Residenzländern der Bondsinhaber und für argentinische Bondsinhaber ihre Bankadressen im Ausland dürften dabei ein gewichtiges Wort sprechen, wenn sie von ihren Portfeuillekunden gefragt werden, ob sie die Umschuldung unterschreiben oder auf bessere Offerten warten. All das ist reichlich umständlich und wird sicherlich mehrere Monate beanspruchen, bis die Antwort der Märkte bekannt wird. Bisher vernimmt man nur die durchweg negativen Stellungnahmen der Sprecher der Bondsinhaber, die keinesfalls die Mehrheit vertreten. Umfragen sind offenbar nicht möglich, weil sich die meisten Bondsinhaber hinter ihre Banken verbergen und institutionelle Investoren zu schweigen pflegen.

Unterdessen wird die Regierung angeblich keine formellen Verhandlungen mit dem Fonds führen, der somit aus der Umschuldung ausgeklammert worden ist, wie es die Regierung wünschte. Die Abstimmung im Fondsdirektorium, wo mehrere gewichtige Direktoren die argentinische Umschuldungsofferte ablehnen, muss somit ebenfalls warten. Das will freilich nicht heissen, dass keine Verhandlungen mehr über diese Offerte laufen. Dafür gibt es zahllose formelle und informelle Kanäle. Die Regierung kann jederzeit eine abermalige Verbesserung ihrer Offerte vorbringen, was freilich bisher schroff abgelehnt hat. Im Gespräch ist stets eine Barzahlung auf die nicht bezahlten Zinsen gleichsam als Zuckerbrot nach einer besonders bitteren Mahlzeit.

Die Verhandlungen mit dem Fonds befinden sich nur in der Schwebe, betonte Minister Lavagna, der den Abbruch ablehnte. Das Standby-Abkommen gilt somit nach wie vor, solange es nicht formell gekündigt wird. Bis das Fondsdirektorium die jeweiligen Quartalsrevisionen gutheisst, kann die Fondsgeschäftsführung die vereinbarten Rückzahlungen der Kapitaltilgungen Argentinien nicht erledigen. Zinszahlungen werden nicht rück-vergütet.

Die bange Frage, ob Argentinien abermals wie im Vorjahr die Tilgungen mangels Abkommen aussetzt, damals allerdings nur für einen Tag, beantwortete Minister Lavagna negativ. Argentinien wird

die kommenden Fälligkeiten honorieren oder eine Verzögerung beantragen, soweit sie je nach der Art der Ziehungen gegen den Fonds zulässig sind. Hierfür kann das Schatzamt die Dollarkäufe der Banco de la Nación für insgesamt US\$ 2,0 Mrd. einsetzen oder notfalls die Währungsreserven der Zentralbank von jetzt US\$ 18 Mrd. beanspruchen.

Gleiches gilt für die Tilgungen der Darlehen der Weltbank und der Interamerikanischen Entwicklungsbank (BID), deren zugesagte aber nicht ausbezahlte neue Kredite unterdessen ruhen, bis eine Einigung mit dem Fonds zustande kommt, was wiederum von der Zusage einer massiven Mehrheit der Bondsinhaber bzw. deren Kapital abhängt. Im Gespräch sind rund 80% Zusagen als formelle Voraussetzung für eine Normalisierung der Beziehungen mit den drei Washingtoner Finanzanstalten wie bei Umschuldungen anderer Schuldnerländer von Bonds in Default. Es geht bis zum Jahresende um Tilgungen von über US\$ 2,2 Mrd., gegebenenfalls weniger, sollten einige Zahlungen aufgeschoben werden.

Mit der Regierungsentscheidung, die Fondsverhandlungen vorerst auf Eis zu legen, geht Minister Lavagna eine Art va banque-Spiel ein. Gelingt der Wurf, dann normalisieren sich die Beziehungen zur Finanzwelt. Schlägt er hingegen fehl, weil zu wenige Bondsinhaber auf die Umschuldungsofferte eingehen, dann müssen sich die Wirtschaftsführ-

ung und die Regierung schlechthin eine neue Strategie einfallen lassen, wohin der Weg führen soll.

All das interessiert nicht nur die Bondsinhaber, sondern die Finanzwelt allgemein und insbesondere den argentinischen Finanzmarkt, wo schweigsame Sparer Entscheidungen treffen. Sie sind schweigsam, weil sie ihre Entscheidungen nicht publik machen, wenn sie Pesos aus ihren Bankkonten abheben, allenfalls Dollarnoten erwerben oder direkt Überweisungen in ausländische Konten unter Belastung ihrer lokalen Pesoskonten verfügen. Indessen werden solche Entscheidungen an den Zahlen über Depositen und Währungsreserven der Zentralbank abgelesen, wie es weiland 2001 geschah, als die Depositen und die Währungsreserven nahezu täglich abnahmen. Die damalige Kapitalflucht ins Ausland bewirkte schliesslich das Bondsdefault und die Abwertung mit asymmetrischer Pesifizierung und Einfrierung der Tarife öffentlicher Dienste.

Sicherlich bezog sich Minister Lavagna auf dieses Marktverhalten, als er die Aussetzung der Verhandlungen mit dem Fonds bis zur erfolgreichen Umschuldung ankündigte und meinte, Argentinien könne das durchaus verkraften, sofern allerdings, wie er ebenfalls sagte, das Vertrauen der Argentinier erhalten bleibe. Sein va banque-Spiel, alles auf eine Karte zu setzen, steht und fällt mit diesem Vertrauen. Auch diesbezüglich hat der Markt das Wort.

### Der Erfolg der „Piqueteros“ in Caleta Olivia und die Folgen

Die „Piqueteros“ benannten Gruppen, die sich aus Arbeitslosen u.a. zusammensetzen, darunter auch echten Revolutionären, wie es in den 70er Jahren die Montoneros und das ERP waren, haben vor etwa drei Wochen die Anlagen der Firma Termap in Caleta Olivia, Provinz Santa Cruz, besetzt. Das Unternehmen gehört den Erdölfirmer Repsol-YPF, Pan American Energy und Vintage Oil, und besteht aus grossen Tanks zur Speicherung von Erdöl, und einer Rohrleitung bis auf eine Boje im Meer, wo das Öl auf Tanker verladen wird. Sie forderten, bei dem Unternehmen eingestellt zu werden, und drohten, die Anlage anzuzünden.

Die Firma reichte Klage beim zuständigen Gericht ein. Der Richter soll einen Befehl an die Provinzregierung erlassen haben, damit diese den Betrieb mit der Po-

lizei räumt. Das hat Gouverneur Sergio Acevedo jedoch unterlassen, wohlwissend, dass es dabei Tote geben und zu einer grossen Katastrophe kommen kann. Die Provinzpolizei ist hier überfordert. Diese Räumung kann nur durch die Streitkräfte durchgeführt werden, denen es jedoch gesetzlich verboten ist, sich in interne Angelegenheiten einzumischen.

Somit hat das Unternehmen schliesslich nachgegeben und 75 dieser Delinquenten (denn es ist zweifelsohne ein Verbrechen, ein Privatunternehmen mit Gewalt zu besetzen) eingestellt. Zunächst sollen sie während zwei Monaten \$ 700 pro Monat erhalten und geschult werden. Danach sollen sie normal eingestellt werden und gemäss Tarifvertrag \$ 865 in bar und \$ 440 in Gutscheinen für Nahrungsmittel erhalten. Ausserdem soll sich das Unternehmen ver-

pflichtet haben, weiteren 230 „Piqueteros“ eine monatlich Subvention von \$ 700 zu zahlen.

Gouverneur Acevedo hat die „Piqueteros“ nachher noch moralisch gestärkt, indem er sagte, er werde die Armen nicht schlagen und bekämpfen, noch werde er sie als Kriminelle behandeln, wenn sie Arbeit verlangen. Er fügte noch hinzu, dass die Besitzer unseres Reichtums, die das Problem geschaffen haben, jetzt auch die Lösungen bieten müssen. Dann wettete er noch gegen Repsol, wobei er das Unternehmen bezichtigte, nicht zu investieren, Erdölbohrungen aufzugeben und eine niedrige Produktivität zu haben. Gehört Acevedo auch zu den „Piqueteros“?

Vorher hatten die „Piqueteros“ die gleiche Übung schon bei einer Anlage von Repsol-YPF durchgeführt, wobei die Firma sofort nachgab und die Verbrecher einstellte. Das hat daraufhin Schule gemacht. In den letzten vier Jahren hat es viele ähnliche Fälle bei Anlagen der Erdölfirmen gegeben, die sich in der Regel haben erpressen lassen und viel Geld bezahlt haben. Man kann jetzt erwarten, dass es zu einem Lauffeuer derartiger Aktionen kommt, was sehr bedenklich ist.

Einige Gewerkschafter haben jetzt auch zu diesen Gewaltmethoden gegriffen. So wurde ein Unternehmen, das „Call centers“ betreibt und Telefónica gehört, von Mitgliedern der Telefonarbeitergewerkschaft besetzt. Ein Anlage für Müllaufnahme von CEAMSE, in Ensenada, bei La Plata, wurde belagert. In Jujuy legten Aktivisten den Betrieb von „Altos Hornos Zapla“ still und in La Rioja wurde ein Unternehmen besetzt.

Die „Piqueteros“ hatten sich am Anfang auf die Besetzung von Zufahrtstrassen zur Bundeshauptstadt beschränkt und den Verkehr verhindert, was die Regierung passiv zugelassen hat. Als die Polizei im Jahr 2002 bei der Besetzung der Pueyrredón Brücke, zwischen Avellaneda und Buenos Aires Stadt, gegen diese Radaubröder vorging, gab es zwei Tote, was dazu führte, dass die Polizei danach angewiesen wurde, nicht mehr zu intervenieren. Die „Piqueteros“ hatten erreicht, was sie wollten.

In letzter Zeit sind sie auf Aufmärsche und Protestaktionen in der Stadt Buenos Aires übergegangen. Beim Angriff auf das Gebäude des Stadtparlamentes, bei dem es grosse Schäden gab, waren sie mit illegalen Strassenverkäufern, Travestiten und Prostituierten auch dabei. Danach kam es zu einem friedlichen Aufmarsch,

wobei allerdings eine massive Präsenz unbewaffneter Polizisten für Ordnung sorgte. Von den „Piqueteros“, die militärisch organisiert waren, trugen hingegen viele Stöcke, die auch Waffen sind.

Die Leiter dieser Gruppen, Raúl Castells, Néstor Pitrola u.a. geben offen zu, dass sie einen Volksaufstand anstreben, um an die Macht zu gelangen. Das bedeutet im Klartext, einen Ansturm auf das Regierungsgebäude und Übernahme der Regierung. Sie sagen mit aller Deutlichkeit, dass sie gegen das bestehende System sind, sowohl das institutionelle, wie es in der Verfassung verbrieft ist, wie das wirtschaftliche, und befürworten eine Wirtschaftsordnung wie etwa in Kuba oder ähnlich, aber auf alle Fälle auf kommunistischer Grundlage und mit Diktatur. Castells hat unlängst sogar gesagt, die einzige Art, echte Arbeitsplätze zu erhalten, bestehe darin, die Unternehmen zu enteignen und sie unter die Kontrolle der Arbeiter zu stellen, die schon wissen werden, wie sie die Arbeitsstunden aufteilen, so dass alle arbeiten können. Das war 1917 der erste Schritt der sowjetischen Revolution, bis dann Stalin diese Betriebe verstaatlichte und deren Leiter verhaftete oder umbrachte.

In diesem Sinn sind schon einige Betriebe übernommen worden, die aus verschiedenen Gründen ihre Tätigkeit eingestellt hatten und zum Teil schon die Gläubiger zu einem Vergleich einberufen hatten oder sich im Konkurszustand befanden. Einige Arbeitnehmer besetzten die Fabriken, und in vielen Fällen haben die lokalen Regierungen dann die Anlagen enteignet und sie diesen Delinquenten übergeben. Die Eigentümer und auch die Gläubiger ließen dabei leer aus.

Castells, der aktivste von allen, hat jetzt auch die Dachgewerkschaft CGT unter Druck gesetzt und eine Forderung über eine unrealistische Lohnerhöhung gestellt, womit er die traditionellen Gewerkschafter schwächen und seine Macht behaupten will. Es handelt sich hier um einen Angriff auf das Wirtschaftssystem von einer anderen Seite, was jedoch alles im Sinn der Machtübernahme mit Gewalt hinzielt.

Caleta Olivia und die anderen Fälle haben eine lähmende Wirkung auf die Wirtschaft und schrecken Investitionen ab, womit die Erholung der Wirtschaft gestört und eine unbefriedigende Lage geschaffen wird, die den „Piqueteros“ konveniert. Präsident Kirchner scheint noch nicht begriffen zu haben, dass es hier auch um seinen Kragen geht.

## Die Zementfirma Loma Negra soll verkauft werden

Frau Amalia Lacroze de Fortabat, Inhaberin der Firma Loma Negra S.A., die mit ihren fünf Fabriken, plus zwei Zementmischanlagen (Lomax) und drei Vertriebszentren, einen Anteil von fast 50% am lokalen Zementmarkt hält, hat der Bank J.P. Morgan den Auftrag gegeben, einen Käufer für das Unternehmen zu finden. Der Preis wurde auf eine Milliarde Dollar festgesetzt, wobei dies angeblich auch das Eisenbahnunternehmen einschliesst, das den Güterverkehr von Buenos Aires nach dem Süden, über Olavarría und bis Neuquén betreibt, wo Loma Negra Fabriken besitzt. Dieser Preis wird von Finanzexperten als zu hoch bezeichnet, wobei man berücksichtigen muss, dass der Preis auch von der Lage Argentiniens abhängt, als defaultiertes Land ohne Zugang zum internationalen Finanzmarkt, mit einem wenig erfreulichen politisch-sozialen Szenario.

Frau Fortabat ist offensichtlich müde geworden, was in ihrem hohen Alter verständlich ist. Angeblich ist auch kein direktes Mitglied der Familie in der Lage oder bereit, den Konzern in dieser schwierigen Lage zu führen. Die Überwindung der Krise, in die Loma Negra geraten war, erfordert viel unternehmerisches Talent, viel Einsatz und Ausdauer. Geld in der Hand ist somit eine anziehende Alternative.

Das 1926 von Alfredo Fortabat gegründete Unternehmen, das nach seinem Tod vor fast 30 Jahren von seiner Gattin mit grossem Schwung weitergeführt wurde, hatte zwischen 1997 und 2000 US\$ 630 Mio. investiert, den grössten Teil davon in die neue Fabrik „L'Amalie“. Schon damals bestand eine grosse Überkapazität in der Zementindustrie, so dass eine Erweiterung der Kapazität kaum sinnvoll erscheint. Es war eine Fehlentscheidung, die gezeigt hat, dass Grossunternehmen nicht von Fehlern ausgeschlossen sind, die dann auch entsprechend grösser als bei Kleinunternehmen sind.

Ausserdem hatte damals schon die Übernahme der lokalen Firmen Juan Minetti und Corcemar durch die Schweizer Holderbank, nachher in Holcim umgetauft, mit einem Marktanteil von über einem Drittel, zu einer viel schärferen Konkurrenz geführt. Auch die Übernahme von Cementos Avellaneda durch die französische Lafarge trug dazu bei. Holcim und Lafarge sind die grössten Zementfabriken der Welt. Holcim begann Mengenrabatte einzuführen, die es früher in dieser Branche nur ausnahmsweise gab, und richtete eine Vertriebsanlage in der Nähe von Buenos Aires ein, womit das Unternehmen aggressiver in dem von Loma Negra beherrschten Markt von Buenos Aires und Umgebung konkurrieren konnte.

Loma Negra verschuldete sich durch das neue Projekt in der Höhe von US\$ 400 Mio., was bei der 2001 einsetzenden Rezession zu einer untragbaren Last wurde, ganz besonders 2002, als die lokale Zementproduktion auf 2,9 Mio. Tonnen zurückging. Insgesamt wird die Industrie dieses Jahr etwa 6 Mio. Tonnen Zement erzeugen, was bei einer Kapazität von 16 Mio. Tonnen eine Auslastung von nur 37% ergibt. Zement ist wegen der hohen Transportkosten schwer zu exportieren, meistens nur in geringen Mengen in Nachbarländer. Eine höhere Auslastung der Kapazität dieser Industrie hängt von der Bauindustrie ab, ganz besonders von öffentlichen Investitionen, deren Umfang jedoch durch die Knappheit an finanziellen Mitteln beschränkt ist. Es wird somit viele Jahre dauern, bis wieder eine Kapazitätsauslastung von etwa 70% erreicht wird, wie sie in früheren (guten) Jahren bestand.

Um eine gerichtliche Gläubigereinberufung zu vermeiden, verkaufte Frau Fortabat Liegenschaften im Ausland, wertvolle Gemälde und etwa 20.000 ha Land, womit sie dem Unternehmen rund US\$ 70 Mio. zuführte. Die Gesamtschuld von Loma Negra betrug im Februar 2004 laut Standard and Poor's US\$ 298 Mio., die nachher um weitere US\$ 38 Mio. abgebaut wurde. Die Lage mit den Gläubigerbanken ist jetzt geregelt.

Als Käufer kommen die mexikanischen Cemex und Cementos Chihuahua, die portugiesische Cimpor, die brasilianischen Camargo Correa (Bauunternehmen) und Votorantim Cimentos in Frage. Wird Loma Negra an irgend eines dieser Unternehmen verkauft, wird praktisch die ganze Zementindustrie, die bis in die 90er Jahre fast ausschliesslich in nationalem Besitz war, in ausländische Hände übergehen. Ähnliches ist schon bei anderen Industrien in Argentinien in den letzten Jahren eingetreten. Präsident Kirchner, der sich für ein nationales Unternehmertum einsetzt, dürfte über diese Verkaufsabsicht wenig erfreut sein. Die Frage ist, ob er etwas tun kann, damit der Loma Negra-Konzern in argentinischen Händen bleibt.